

werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
zu Posen, Hasenheide & Vogel S.  
S. L. Dabke & Co., Präsidenten.

Berantwortlich für den  
Inseratenchein:  
J. Glugk  
in Posen.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 110

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentlich zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Sonntagsblatt kostet vier Groschen,  
die Feiertagsausgabe 4.50 M. Für die Stadt Posen, 5.40 M. Für  
 ganz Preußenland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Buchhändler des heutigen Reichs usw.

Sonnabend, 13. Februar.

1892

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

170. Sitzung vom 12. Februar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einsichtnahme österreichischer Vereinthalter.

Abg. Leuschner (Rp.): Der sofortige Verkauf der eingezogenen Silberthalter wird auf den an und für sich niedrigen Silberpreis einen Druck ausüben, der in seinen Folgen noch unübersehbar ist. Das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber wird sich dadurch noch weiter verschlieben, was um so bedenklicher ist, als nach den Forschungen unserer berühmtesten Geologen nennenswerte Goldfunde nicht mehr zu erwarten sind. Ich bitte daher, mit den Verkäufen so lange zu warten, bis ein günstiger Preisstand für das Silber eingetreten ist.

Reichsschatzgutsrat Frhr. v. Malzahn: Aus der Annahme der Vorlage geht kein Brüderlichkeit in Bezug auf die Abstözung der Thaler auf den Silbermarkt hervor. Jedenfalls wird die Auferweckung derselben nicht sofort erfolgen, sondern erst wenn Österreich sein Kontingent an Thalern übernommen hat, was jedenfalls eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

Herauf wird die Vorlage angenommen.

Sodann wird die Beratung des Etats der Eisenbahnver-

waltung fortgesetzt:

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) greift auf die in der früheren Beratung von den Sozialdemokraten betreffs der sozialdemokratischen Arbeiterentlassungen aus den Eisenbahnwerkstätten gemachten Vorwürfe zurück und billigt das Vorgehen der Verwaltung. Ich bestreite den Sozialdemokraten das Recht, sich eine politische Partei zu nennen; sie sind nur eine Sammlung von Elementen, die von Hass und Neid gegen den bestehenden Zustand erfüllt sind. Sind sie aber eine solche Partei nicht, so sind die Entlassungen sozialdemokratischer Arbeiter nicht als politische Maßregelung zu betrachten. Ja sogar nicht einmal eine wirtschaftliche Partei können sie sich nennen, auch nicht eine Partei, die das Wohl des Arbeiters will. Sie haben gegen das Krankentassengesetz, gegen das Unfallversicherungsgesetz, gegen das Invaliditätsgebet gesetzt, alles Gesetze, die eine Förderung des Wohles des Arbeiters bezwecken. Die Sozialdemokratie will eben nicht das Wohl der Arbeiter, sondern nur Unzufriedenheit säen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nehm ich natürlich aus (Heiterkeit rechts). Wenn die Sozialdemokraten die Helligkeit der Freiheit streiten (Ruf bei den Sozialdemokraten: Maitressenwirtschaft), die Spiegelfechter vertheidigen (Ruf bei den Sozialdemokraten: Stöder!), den Diebstahl in Schuz nehmen (Rufe bei den Sozialdemokraten: War es! Stempfelscher!), wenn sie solche Begriffe in frivoler Sprache in die Kreise der Arbeiter tragen, so machen sie den Menschen zur Bestie (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Alle Vorwürfe, die ich den Sozialdemokraten gemacht habe, kann ich durch Tatsachen beweisen, und Ihre Zwischenrufe verhindern nicht die Wahrheit dieser Thatsachen (Ruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!). Ich habe Briefe aus sozialdemokratischen Gegenden erhalten, in denen ehrsame Handwerker und Arbeiter sich über die wütsten Agitationen beschweren. Die Seelen der armen, unschuldigen Kinder würden vergrößert, sie müßten Abends den Eltern aus sozialdemokratischen Schriften vorlesen über das verfluchte Kapital und die Bourgeoisie. (Rufe: Eisenbahnen!) Schließlich gäbe es lauter Räuberbanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das Leitmotiv der ganzen sozialdemokratischen Bewegung ist: die Monarchie muß fallen. Vor wenigen Wochen ist noch ein Führer der Sozialdemokraten wegen eines solchen Ausspruches zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die Truppen müssen wir von Sozialdemokraten freihalten. (Ruf: Zur Sache! Eisenbahnen, Präsident von Lebeck) ruft den Redner zur Sache. Abg. Frohme: Das ist der 1878er Unruhe in neuer Auflage, bestellte Arbeit. Präsident von Lebeck: Abg. Frohme, ich verbiete mir diese Zwischenrufe! Wir müssen das Militär von Sozialdemokraten freihalten. (Wiederholte lebhafte Zwischenrufe, die der Präsident sich verbietet.) Es ist die Pflicht der Staatsseisenbahnverwaltung wie jeder anderen Staatsverwaltung, Vorsorge zu tragen, daß keine Sozialdemokraten geziichtet werden. Ob die Sozialdemokraten ihre Parteigenossen hinausstoßen lassen oder ihnen den Besuch der Philharmonie verbieten, geht mich nichts an. Aber sie boykottieren Andersgefinnte. Sie verbieten ihren Genossen, mit Arbeitern zusammenzuarbeiten, die ihren Vereinen nicht beitreten. Ja, sie kaufen nur Produkte mit Kontrollmarken. Der Arbeiter, den sie in Betrieb erklären, verliert alle Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu gewinnen.

Die Sozialdemokratie betrachtet den Streik nicht als Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern überhaupt als Kampfmittel gegen die bestehende Klasse ohne Rücksicht auf die Errreichung eines anderen Ziels, als um die Klassenkluft zu erweitern. In der Broschüre von B. August gegen die Richter'schen Zukunftsbildern wird der Streik geradezu in dieser Richtung empfohlen. Die Eisenbahnverwaltung muß die sozialdemokratischen Arbeiter im Interesse der Sicherheit der Staatsverwaltung entlassen. Das Beispiel der Pariser Kommune, welche, als der Feind vor den Thüren stand, die Stadt ins größte Unglück brachte, sollte uns warnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn nur unter einer schwachen Regierung die Revolution möglich ist, so müssen wir unserer Regierung dankbar dafür sein, daß sie die revolutionären Elemente niederhält. (Unruhe und Burfe bei den Sozialdemokraten.) Ich danke dem Minister für seine vorgetragenen Erklärungen und hoffe, daß sein Vorgehen Nachahmung finden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Die Rede des Abg. v. Stumm hat einen ganz besonderen Zweck; leider hat ihm der Präsident durch seinen Ruf zur Sache sein Konzept verdorben; sonst hätten wir eine Prachrede aus der Zeit des Sozialistengesetzes zu hören bekommen. Es ist ja möglich, daß Herr v. Stumm, der in Fühlung nach oben h. t., die Ära eines neuen Sozialistengesetzes hat

einleiten sollen. Er hat aber in seiner ziemlich langweiligen Rede nichts neues vorgebracht. Er nahm mit Rücksicht auf die Geschäftsausordnung uns anwesende Sozialdemokraten von seinen Beschuldigungen aus. Ich bedauere, daß er nicht den Mut hat, seine Anklagen auch gegen uns zu erheben. Wir haben keine Veranlassung, uns mit der Partei im Lande nicht zu identifizieren, wenn wir auch nicht für Aeußerungen jedes einzelnen Genossen eintraten. (Burfe rechts). Treten Sie etwa für alle Aeußerungen Stöders ein? Was wollen Sie denn? Hat die Regierung nicht sogar ihr offizielles Organ: "Die Provinzialcorrespondenz" desavouirt? Neben die Behauptung, daß wir keine politische, keine wirtschaftliche Partei sind, verliere ich kein Wort; ich sage so viel Vertrauen in den Verstand des Abg. v. Stumm, daß ich annahe, daß er selbst daran nicht glaubt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Eine Partei, wie unsere, die stärkste Partei im Reich, die das schärfste und präziseste Programm hat, die einen ganz bedeutenden Einfluß auf die gesamte äußere und innere Politik des Reiches ausübt! (Oho! rechts). Haben Sie denn vergessen, daß der Reichskanzler im vorigen Jahre erklärte, jedes Gesetz, das eingebracht wäre, sei gegen den Einfluß der Sozialdemokratie gerichtet? Hat er nicht jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt, daß das Volkschulgesetz mit seiner Herrschaft der Pfaffen in der Schule die Sozialdemokratie bekämpfen solle? Sind nicht die meisten Gesetze in diesem Hause gegen die Sozialdemokratie gerichtet gewesen? (Vizepräsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Sache). Wir sind vom Frhr. v. Stumm provoziert worden. (Vizepräsident Graf v. Ballestrem: Ich habe dem Redner Zeit genug zur Erwidern gelassen). Hat nicht Fürst Bismarck selbst gesagt, daß die ganze Sozialreform nicht zu Stande gekommen wäre ohne die Sozialdemokratie?

Herr Frhr. v. Stumm wirft uns vor, daß wir nur Klassenpolitik treiben. Das sagt der Mann einer Richtung und sozialen Schicht, die in den letzten Jahren die Klinke der Gesetzgebung nur benutzt hat, um sich besondere Vortheile zu verschaffen. Ich erinnere an die Schuzzollpolitik, an die Zuckerprämien, an die Liebesgabe für die Schnapsbrenner, an die Schwindelerde und Betrügereien von Fabrikanten, an Schienenstempelfälschungen, an die Hintergehung bei der Einkommensteuer. Das sind die Repräsentanten der gebildeten Klassen, die diese Niederträchtigkeiten begangen haben und sich jetzt als Vertreter von Moral, Sitte und Christenthum hinstellen. Frhr. v. Stumm hat auch von der freien Liebe gesprochen. Er sollte darüber lieber schweigen. Es gibt gewisse Klassen der Gesellschaft mit einer Maitressenwirtschaft, daß man bei diesen schon heute von freier Liebe sprechen kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Große Ürruhe rechts.) Frhr. v. Stumm wird vielleicht manches Beispiel in seinem Bekanntenkreise dafür finden.

Wenn Herrn v. Stumm überhaupt ein Fabrikarbeiter geschrieben hat, dann war es ein solcher, der defektiv worden ist, der mit höherer Bildung begabt durch die Verhältnisse gezwungen worden ist, Fabrikarbeiter zu werden. Sollte ihn aber wirklich ein Fabrikarbeiter geschrieben haben, dann ist es einer von den äußerst wenigen Arbeitern, die ein erträgliches Auskommen haben. Die Mehrzahl hat große Not, auch nur das harte Leben zu fristen. Sehen Sie sich die Lohnstatistiken an. Da bleibt es Arbeiter, die bei 14- bis 16-stündiger Arbeit kaum 13 Mark wöchentlich verdienen. (Ruf rechts: Wo?) Ich stelle Ihnen eine solche Liste zur Verfügung. Was die Broschüre von B. August betrifft, so bin ich nicht der Verfasser. Ich mich in einer so unzweideutigen Anonymität hätte holen müssen, hätte ich lieber meinen Namen voll angegeben. Der Verfasser gehört nicht zur engeren Partei. Maßgebend für die Anschauungen der Sozialdemokratie in Bezug auf die Streiks sind nur die offiziellen Beschlüsse der Parteitage, aus denen Herr v. Stumm etwas anderes erheben kann, als was er beleuchtet hat. Herr v. Stumm hält es allerdings nicht für eine Tyrannie, daß er sozialdemokratische Arbeiter nicht aufnimmt, daß er erst durch die Gewerbeordnungsnovelle genötigt worden ist, eine Fabrikordnung einzuführen, die als halbwegs menschlich zu bezeichnen ist (Vizepräsident Graf v. Ballestrem erklärt es für unzulässig, daß von einem Mitgliede des Hauses gesagt wird, er hätte eine unzulässige Fabrikordnung erlassen, und ruft den Redner zur Ordnung).

Nach meiner Auffassung hat der Staat kein Recht, in seinen Betrieben solche Bestimmungen zu erlassen. Sie haben das ja dieser Tage an ihrem eigenen Leibe erfahren, durch die Maßregelung des Grafen Limburg-Stirum, gegen die die konservative Partei sehr lebhaft protestiert. Und es ist doch ein Unterschied zwischen einem kaiserlichen Beamten, der auf Grund zu Recht und Gerechtigkeit bestehender Bestimmungen verpflichtet ist, keine politische Opposition zu treiben und einem Arbeiter, der ohne Rücksicht auf seine politische und wirtschaftliche Gesinnung nur seine Arbeit zu thun hat. Die Auffassung der Staatseisenbahnverwaltung über die Gesinnung der Arbeiter widerstreicht ausdrücklich der Erklärung, die Staatssekretär v. Bötticher am 13. Januar hier abgegeben hat, daß eine Reihe von fiskalischen Betrieben nicht solche Bestimmungen haben und auch nicht die Absicht haben, solche Bestimmungen zu erlassen. Ich freue mich, daß Herr v. Bötticher bisher nicht die Bahnen seines Kollegen Thielen gewandelt ist. Die Anschauung des Herrn v. Bötticher entspricht auch weit mehr den Anschauungen des Reichsoberhauptes, als die des Minister Thielen. (Lebhafte Widerprüfung rechts.) In einer Audienz wurde 1889 dem Geheimrat Bötticher und dem Abg. Möller erklärt, daß es darauf ankomme, den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, daß sie ein allen übrigen gleichberechtigter Stand seien. Dann versteht es sich aber auch von selbst, daß kein Unterschied in Bezug auf die politische Gesinnung gemacht werden darf. (Oho! rechts.) Will man die Sozialdemokratien zu reichstreuer Gesinnung zurückführen, so muß man sie überzeugen, daß sie nicht in Staat und Gesellschaft benachteiligte Wesen sind. Ebenso ist in dem kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890, welcher die internationale Arbeiterschutzkonferenz einleitete, ausdrücklich ausgeschlossen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollten. Musteranstalten aber und daneben Maßregelungen anders gesinnter Arbeiter, daß verträgt sich nicht. Herr Freiherr von Stumm, halten Sie denn Ihren Betrieb für eine Musteranlage? (Heiterkeit).

Von jeher galt ein Chikanen mit Rücksicht auf politische

Inserata, die leichtgelesene Zeitseite oder deren Name  
in der Morgenausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite  
zu Dr. in der Mittagausgabe 25 Pf. an herausgegebene  
Stelle entzogenen haben, werden in der Provinz für die  
Mittagausgabe bis 3 Uhr Vormittags, in die die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachts, angenommen.

Berantwortlich für den  
Inseratenchein:  
J. Glugk  
in Posen.

Neberzeugung als ebenso unanständig wie aus religiöser Neberzeugung. Die preußische Verfassung schreibt ausdrücklich vor, daß jeder seine Gesinnung frei äußern darf. Das hat praktisch auch für das Reich zu gelten. Wenn es soweit kommt, daß der Unternehmer Arbeiter wegen nicht konvenienter Gesinnung entlassen kann, dann ist nur noch ein kleiner Schritt dazu, daß bestimmte Gebote erlassen werden, wie der Arbeiter politisch sich äußern darf.

Herr v. Stumm ist wenigstens konsequent und führt seine tyrannische Forderung der Nichtbeschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter auch in seinen Betrieben durch. In der angezogenen Verfügung der Eisenbahndirektion wird nicht nur verlangt, daß kein sozialdemokratischer Agitator beschäftigt werden soll, sondern überhaupt Niemand, der sozialdemokratischer Gesinnung ist, ja überhaupt keiner, dessen Gesinnung sich gegen Kaiser und Reich richtet. Danach kann es auch freisinnigen Arbeitern passieren, daß sie plötzlich entlassen werden, denn die Freisinnigen sind ja lange genug als Reichsfeinde behandelt worden. Und allerdings ist der Chef der Reichseisenbahnen früher in Hannover auch darin konsequent gewesen, indem er bei einer Wahl zwischen Welfen und Sozialdemokraten Wahleinhaltung gebot, also die politische Stellungnahme vorschrieb. Das heißt doch, in der Kultur hinter dem übrigen Deutschland erheblich zurückbleiben. Sie ziehen den Arbeiter zu allen Pflichten heran, wie können Sie da seine Rechte beschränken? Wenn der Staat, der doch gleichmäßige Gerechtigkeit üben soll, zu solchen Ver- und Geboten übergeht, so stellen Sie die bürgerliche Freiheit in Frage, verkümmern das Vergnügen, daß Wahlrecht, die Gewerbefreiheit, taften also die Grundrechte der Staatsbürger an.

Die Sozialdemokratie besteht als Partei, sogar als die größte Partei, sie wird noch weiter wachsen und ihr Anhang wird in das Militärleben, in die Eisenbahnverwaltung und in andere staatliche Verwaltungen dringen. Wie weit die Sozialdemokratie schon gedrungen ist, beweist die Veröffentlichung des Erlasses des Prinzen Georg. Wenn nun Deutschland einmal in die Lage kommen sollte, für seine Einheit das Schwert zu ziehen, und Sie genötigt sein werden, auch den letzten Mann der Sozialdemokratie zu gebrauchen, so dürften Sie Ihnen schwerlich etwas anderes können, wenn Sie behaupten, einen solchen Staat nicht zu verteidigen nötig zu haben. Die Sozialdemokratie haben überall ihre volle Schuldigkeit gethan. Sie sind in der Verwaltung musterhaft, und in der Fabrik die besten und süchtigsten Arbeiter. Sie bringen also den Staat in Gefahr, wenn Sie solche unvorsichtigen Maßnahmen treffen. Sie treiben damit die Vogelstrafpolitik und merken nicht, daß bei aller äußerer Ordnung es unter Ihnen bohrt und wühlt. Solche Maßregeln, wie sie die Eisenbahnverwaltung gegen die sozialdemokratischen Arbeiter getroffen hat, stehen im Widerspruch mit der Kultur und den allgemeinen staatlichen Gejegnen und der Wohlstandigkeit. Dabei ist keine Ehre zu holen, sondern nur Blamage und Niederlage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gauckmann (Volksp.): Wir sehen aus dem bisherigen Gang der Debatte, wie weit wir kommen, wenn bei dem Etat der Eisenbahnverwaltung solche agitatorische Reden gehalten werden, wie es Frhr. v. Stumm gethan hat. Da kann es den Gegnern nicht verwehrt werden, wenn sie mit solchen Reden antworten, wie sie eben Abg. Bebel gehalten. Er war so unhöflich, die Rede des Frhr. v. Stumm für langweilig zu erklären. Ich gehe nicht so weit, theils aus Höflichkeit, theils weil sie mir in gewisser Beziehung interessant war, als ein naiver Ausdruck der Anschauungen, die in der Umgebung des Frhr. v. Stumm, und vielleicht auch höher hinauf, jetzt zu herrlichen scheinen. Ich muß aber so viel Einsicht bei Frhr. v. Stumm voraussehen, daß er einsieht, daß er etwas Ungekennzeichnetes gemacht hat. (Heiterkeit.) Merkt er denn nicht, daß Herr Bebel ihm an Dialetik und Logik bei Weitem überlegen ist? (Heiterkeit.) Daß ein Mann von der inneren Überzeugung und Begeisterung des Abg. Bebel eine viel nachhaltigere Wirkung hier und nach außen erzielt als Herr von Stumm? Wenn man beide Reden drücken ließe, so würde die Rede des Herrn v. Stumm Niemand lesen, während die Rede des Abg. Bebel die Wirkung haben wird, die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu fördern, eine Wirkung, die doch wirklich nicht wünschenswert ist. (Beifall links). Wir werden aber noch weit Schlimmeres erleben, wenn bei jeder Gelegenheit eine Sozialdemokratie ist und die Partei vom Baun gebrochen wird. Daran leidet die ganze Staatsverwaltung, daß die Sozialistenfrage wie ein Scheuerleiter wirkt. Dadurch geben Sie dem Abgeordneten Bebel Gelegenheit, die Gefahr nur noch größer auszumalen und diejenige geheime Anziehungskraft auf die Massen auszuüben, welche solchen Reden eigen ist. Sie (rechts) haben Furcht, auch wenn Sie das Wort nicht haben wollen. Der Deutsche in den oberen Schichten hat eine ganz immense Sozialistensucht (sehr richtig! links). Die Rede des Abg. v. Stumm verdient vielleicht deshalb ein gewisses Interesse, weil sie möglicherweise der Führer ist für eine Politik der verschärften Maßregeln gegen diese Bestrebungen, und vielleicht haben wir nach den Andeutungen des Abg. v. Stumm eine Verschärfung der allgemeinen Strafgegesetze gegen die Leute überhaupt zu erwarten. Und es ist vielleicht ein erster Versuch, den Abg. v. Stumm machen wollte, um das einzuleiten. Darum ist es zweckmäßig, jetzt entgegenzutreten dem he, bei gegen die Sozialdemokratien. (Vizepräsident Graf Ballestrem bezeichnet diesen Ausdruck als unpassend.)

Herr v. Stumm hat durch seine heutige Rede bewiesen, daß er in den letzten 14 Jahren nichts gelernt hat vom Sozialistengesetz. Er weiß nicht, daß die Sozialdemokratien durch diese Art der Verfolgung die stärkste Partei geworden ist, und er näht jetzt als Vertreter der obersten Stände das Gefühl des Unrechts bei den unteren Ständen, das notwendig hervortreten muß, wenn man eine große und bedeutsame Bewegung in einer so gehässigen Weise verurtheilt, wie es Herr v. Stumm gethan hat. (Präsident v. Bebel erklärt den Ausdruck Gehässigkeit für parlamentarisch unzulässig und fordert den Redner auf, sich zu mäßigen, da er ihn sonst zur Ordnung rufen würde.) Ich freue mich, daß das Wort "gehässig" wenigstens bei meiner Rede für parlamentarisch unzulässig erklärt wird. Ich hoffe, daß Frhr. v. Stumm Gelegenheit

nimmt, künftig hin auch nicht von Haß gegenüber einer Partei zu sprechen.

Es war sehr deplaziert von der Sozialdemokratie zu sagen: ihr letztes Wort sei die Abschaffung der Monarchie, in einer Debatte, in der der erste Führer der Sozialdemokraten sich auf die Altherköpfste Person als eine Autorität berufen hat. Ich sehe in den Ausführungen der Sozialdemokratie mehr einen Angriff gegen das Königreich Stumm als gegen das Königreich von Gottesgnaden. (Beifall links.) Wenn die Sozialdemokratie Terrorismus übt, so macht sie leider nur das nach, was gegen sie geübt werden würde, wenn die Grundsätze des Freiherrn von Stumm Rechtems wären. Es scheint, daß er in seiner Vereinigung als Vertreter des Adels und der vornehmen Arbeitgeberchaft bis zu einem Grade der Einheitlichkeit in der Beurtheilung der Arbeiterbewegung fortgeschritten ist, bei dem ich nur bedauern könnte, wenn er um sich greifen würde, und ich bin erfreut darüber, daß der Eisenbahnminister eine ungleich mächtigere Anschauung behält hat. Denn Herr Thielman hat uns mitgetheilt, daß in seinem ganzen Ressort nur zwei Arbeiter wegen sozialdemokratischer Umtriebe entlassen worden sind. Das ist wenigstens keine schroffe Praxis und wenn es wahr ist, daß die Beiden wegen Umtriebe gegen die Verwaltung entlassen sind, so können wir dieser Praxis nicht entgegentreten, aber das würde zugleich beweisen, daß man auf Seiten der Staatsverwaltung einsticht, daß es nicht berechtigt ist, Bürger wegen ihrer Überzeugung und auch dann, wenn sie ihre Überzeugung äußern, denn das ist ein Bedürfnis des Mannes, zu entlassen.

Damit ist die Frage nach meiner Ansicht erledigt; und ich will zum Schluß den Herren auf jener Seite nur noch sagen, daß, wenn es ihnen so ernst damit ist, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun, daß es dann kein besseres Mittel giebt, als die großen Mißstände abzustellen, die gerade auch in den letzten Tagen zur Sprache gekommen sind. Ein Fall, wie der Fall Raus, erzeugt mehr Sozialdemokraten, als die grütesten Reden, die hier gehalten werden. Und wenn wir hier in den nächsten Tagen an die Soldaten mit händlungen kommen, dann wird sich zeigen, ob die andere Seite des Hauses die Kraft hat, durch eine That, und nicht durch mattherzige Resolutionen den Bestimmungen entgegenzutreten, die in den ersten Kreisen der Bevölkerung dahin wirken, daß diese Partei bedauerlicher Weise so anschwillt. Und die Regierung wird ihrerseits dazu beitragen können, wenn sie in anderer Weise, als es gestern geschehen ist, großen kulturellen Fragen gegenüber sich nicht ablehnend verhält, sondern die Fragen, die ausgereift sind, die getragen sind von dem Rechtsbewußtsein der ganzen Bevölkerung, endlich zur Erledigung zu bringen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm: Auch in unseren Ständen kommt Unstimmigkeit und Ungerechtigkeit vor, aber wir verurtheilen sie, während die Sozialdemokratie sie offiziell vertreten (Widerspruch und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten; Präsident v. Lebeck ruft die Zwischenrufe.) Wer bei uns eine abweichende Meinung hat, fliegt aus der Partei nicht heraus, Sie aber sind Ihre Praxis wegen verantwortlich für das, was Ihre Parteigenossen thun. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In meinem Betriebe wird der Granitz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht verletzt; da werden die freien Arbeiter geschützt vor der Vergewaltigung gegen die Sozialdemokratie (Lachen links, Beifall rechts), also wir sind für die Gleichheit der Arbeiter, nicht Sie. Wird durch die Bestrafung eines Verbrechers auch etwa die Gleichheit vor dem Gesetz verletzt? (Rufe: au! au!) Die sozialpolitische Gelehrte ist nicht von Sozialdemokratie inauguriert, sondern von uns und dem Zentrum, als es noch gar nicht Sozialdemokratie gab. Wenn Herr Hauffmann, der die Interessen der Sozialdemokratie in so bedrohter Weise vertreten hat (Heiterkeit rechts), sich darüber freut, daß nur zwei Arbeiter aus den Eisenbahnwerkstätten entlassen worden sind — nun, bei mir ist seit Jahr und Tag noch kein einziger Arbeiter entlassen. Bei mir geht es also milder zu. (Rufe: au! au!)

Abg. Möller (ndl.): Die große sittliche Entrüstung der Sozialdemokratie ist hier unangebracht, da ja nur zwei Arbeiterentlassungen vorgekommen sind. Von einem Einschreiten allein wegen sozialdemokratischer Parteilanglehörigkeit ist zudem keine Rede. Die Behauptung von Herrn Bebel, daß seine Partei die Stärke im Lande ist, stimmt doch wenig zu seinem eigenen Zugeständnis, daß die meisten sozialdemokratischen Wähler gar keine eigentlichen Sozialdemokratie sind, und ferner haben doch auch alle Nachwahlen ergeben, daß die Sozialdemokratie keine Zusnahme zu erzielen vermochten. Die Sozialdemokratie stützt sich auf das Ausland, aber ausländische Sozialdemokratie haben behauptet, die deutschen Sozialdemokratie seien Phantasten.

In der letzten Zeit wird gegen Herrn Baare in der Presse eine ganz erbärmliche Hege getrieben. Was über die Stempelfälschungen gesagt worden ist, ist nicht wahr, wenigstens nicht bewiesen. Die Prüfung derselben Papiere, welche innerhalb der Verjährungsperiode lagen, hat keinen Inhaltspunkt für eine Verfolgung gegeben, die über diese Periode hinausliegenden Papiere sind aber überhaupt nicht geprüft worden. Sollte sich etwas Ehrenhaftiges gegen den Mann ergeben, so werde ich der letzte sein, der diese Dinge vertheidigt, bis dahin aber muß ich einen Mann vertheidigen, der gegen Angriffe, wie sie hier erhoben werden, wehrlos ist.

Abg. Dr. Hirsch (dfr.): Es gibt keinen älteren Gegner der sozialdemokratischen Prinzipien als ich. Meine letzte Rede zum Invaliditätsgefege richtete sich gegen das Prinzip desselben, während Herr v. Stumm ebenso wie die Sozialdemokratie dieses Prinzip vertraten. Die Verwandtschaft mit der Sozialdemokratie ist also nicht bei uns zu finden. Die Geschicht wird darüber richten, wer mehr die Interessen der Sozialdemokratie gefördert hat, die linke Seite dieses Hauses oder Herr v. Stumm und seine Anhänger. Sein Verhalten gegen die Arbeiter ist der Nährboden für die Sozialdemokratie nach dem alten Sage: Ein Keil treibt den andern. Die Mischung der Arbeitgeber gegen die Arbeiter gebiert den Haß und Neid, welcher die Sozialdemokratie groß zieht. Ich bin mit Unrecht als Bundesgenosse der Sozialdemokratie hingestellt worden. Ich habe aus bester Überzeugung nichts anderes verucht, als die Arbeiter durch Besserstellung und Aufklärung zu schützen gegen die Versuchungen, welche in dem herrschenden System einerseits und in den Wirkungen der Sozialdemokratie andererseits dahin bestehen, die Verfeindung und Verachtung unserer gesellschaftlichen Ordnung herzuführen.

Zur Sache selbst kann ich die Maßregelung auch nur weniger Arbeiter nicht billigen. Auch wenn diese gegen die Eisenbahnverwaltung selbst gewählt haben sollten, würde ich eine solche Revanche nicht für richtig halten. Uebrigens scheint nach den Erklärungen des Staatssekretärs der letztere Fall auch da nicht einmal vorzuliegen, sondern die Entlassung der Arbeiter nur erfolgt zu sein, weil diese mit an der Spitze sozialdemokratischer Gruppen stehen. Ist das aber ihr einziges Verbrechen, so kann das sie nicht unfähig machen, in den Staatswerkstätten beschäftigt zu werden. Die Sozialdemokratie sind ja doch gerade Freunde des Staatsseibahnsystems, und andererseits hat auch die industrielle Disziplin nichts zu thun mit der politischen Gesinnung, sondern Arbeiter jeder politischen Gesinnung thun voll ihre Pflicht. Durch die Gewerberichter werden die Arbeiter mit staatlichen Funktionen versehen, und diese selben Arbeiter sollen nicht in den Staatswerkstätten geduldet werden dürfen? Nein, vor solch kleinem Surrogat des Sozialistengesetzes warne ich entschieden. Man hat mit dieser gewaltigen Waffe die Sozialdemokratie nicht

zu Grunde richten können, weil es eine Partei des Ideals ist, und wird es mit solchen vereinzelten Maßregeln noch viel weniger können, da die Sozialdemokratie doch immerhin das, allerdings falsch geleitete Bestreben auf Besserung der Lage der arbeitenden Klassen hat. Nur durch Toleranz können Sie der Sozialdemokratie entgegentreten. Ich bitte daher die Staatsverwaltung dringend, Gleichberechtigung eintreten zu lassen, das führt am besten zur Versöhnung und Wiedergewinnung der Massen für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. (Beifall links.)

Abg. Hirsch (dfr.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Bebel, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die tüchtigsten seien; nein, die christlichen Arbeiter sind die besten. Es ist auch nicht richtig, daß von den Sozialdemokraten die Sozialreform ausgegangen ist; wir haben sie vielmehr von Anfang an verlangt. Bei dieser Sozialreform waren die Sozialdemokratie für uns höchstens ein Hindernis. Die Schutzpolitisches und alle die von den Sozialdemokraten im Interesse der Industrie und Landwirtschaft angeführten Maßregeln waren nicht ein Ausfluss der Klassengesetzgebung, sondern nur ein Mittel zum Schutze der nationalen Arbeit.

Ich halte es nicht für berechtigt, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter seine politische Gesinnung aufdrängt oder den Arbeiter hindert, seine politische Gesinnung zu behaupten. Deswegen bin ich nicht der Ansicht des Frhr. v. Stumm, daß die sozialdemokratischen Arbeiter von den Staatswerken ausgeschlossen werden müssen. So kleinlich darf der Staat nicht sein. Der Begriff der politischen Agitation ist ein sehr definierbar, deshalb kann man nicht allgemein bestimmen, daß die sozialdemokratische Agitation den Ausschluß des Arbeiters zur Folge haben muß. Man muß hier von Fall zu Fall entscheiden. Allerdings muß man zugeben, daß die Sozialdemokratie selbst gegen jede abweichende Gesinnung rigoros vorgehen. Sind doch die "Jungen" von der Partei boykottiert worden! Es gibt eine große Anzahl von Staatswerkstätten, in denen Sozialdemokraten beschäftigt sind, trotzdem dort eine ähnliche Verfügung besteht wie bei der Reichseisenbahnverwaltung. Die tatsächlichen Verhältnisse sind eben stärker als solche Prinzipien. Ein wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung entlassener Arbeiter wird zum Agitator gemacht, während die übrigen Arbeiter nicht davor behütet werden, zur Sozialdemokratie überzugehen. Es ist also prinzipiell bedenklich und praktisch verfehlt, die sozialdemokratischen Arbeiter auszuschließen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Hellendorf (cons.): Nachdem das Sozialistengesetz gefallen ist, gibt es eine gesetzliche Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht mehr. Ob man aber Mittel zur Bekämpfung jetzt schon zu ergreifen hat, erscheint mir doch fraglich. Man wird erst die Wirkung der sozialpolitischen Gelehrte abwarten müssen. Die Sozialdemokratie soll nicht unterdrückt werden, wohl aber muß es den Arbeitgebern überlassen bleiben, sich gegen die Agitation zu wehren.

Abg. Bebel: Nach dem in der Staatsseibahnverwaltung jetzt aufgestellten Prinzip, kann jeder mißliebige Arbeiter entlassen werden. Wir erkennen vollständig an, daß kein Unternehmer sich eine Agitation in seinem Betriebe gestatten zu lassen braucht; hier aber sind Arbeiter entlassen worden, die agitatorisch garnicht thätig gewesen sind, sondern nur Vertrauensmänner der Arbeiter. Da haben Arbeiterausschüsse gar keine Bedeutung. Auch die Entlassung von Arbeitern, die außerhalb des Betriebes an Vereinen und Versammlungen teilgenommen haben, ist ungesehlich und unanständig, und steht im schmiergeraden Gegensatz zu der Auffassung des Kaisers in der bereits erwähnten Audienz. Ich halte also Alles voll und ganz aufrecht. Die Regierung erkennt uns als politische Partei an. Herr v. Stumm hat aber auch Arbeiter wegen ihrer Angehörigkeit zur freien Partei gemäßgelt. Aus unserer Partei sind nur Verleumder geflogen. Wir haben nicht die Schriften des Dr. Wille boykottiert, sondern ihm das Privilegium des Kommissionsvertrages in der Buchhandlung des "Vorwärts" genommen. Daß die soziale Frage seit 20 Jahren überall in den Vordergrund getreten ist, ist allein den Sozialdemokraten zu verdanken. Daß für den Kriegsfall die Eisenbahnwerkstätten von Sozialdemokraten freigehalten werden müßten, diesen Vorwurf, der an den Vorwurf des Landesvertrags streift, weise ich energisch zurück. Im Kriege werden auch die Sozialdemokraten ihre Pflicht thun. Weit gefährlicher für die Sicherheit des Betriebes als die sozialdemokratische Gesinnung der Arbeiter ist die Schlägerei der Herren Baare und Konsorten (Heiterkeit und Beifall links). Wir sind in der That die stärkste Partei, und welche Furcht Sie vor uns haben, zeigt Ihre Verlängerung der Legislaturperiode und Ihr Bestreben auf Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, von der ja Herr v. Bennington seine Zustimmung zum Diätentenrag abhängig gemacht hat (Widerspruch bei den Nationalliberalen).

Abg. Hauckmann (Volksp.): Abg. v. Stumm hat gegen mich nichts weiter zu sagen gewußt, als daß ich die Interessen der Sozialdemokratie in bedrohter Weise vertheidigt habe. Wenn Herr v. Stumm glaubt, daß ich das zurückweisen werde, so irrt er sich. Ich werde niemals zurückweisen, jemand vertheidigt zu haben, der ungerecht angegriffen ist. Aber wenn darin jener gemeine Angriff enthalten ist (Präsident v. Lebeck erhebt sich), der besteht ist, daß die linke Seite des Hauses die Begünstigerin der Sozialdemokratie sei, so sage ich, niemand begünstigt die Sozialdemokratie, der eine gerechte Politik verlangt, sondern derjenige, der einer unrichtigen und vorurtheilsvoollen Politik das Wort redet. Man begünstigt die Sozialdemokratie, wenn man Interessenvolitit treibt, wenn man Debatten hervorruft wie die heutige. (Beifall links.) Mit dem heutigen Tage wird Herr Bebel mehr zufrieden sein als Freiherr v. Stumm (Beifall links).

Geh. Rath Wackerzapp erklärt, daß von 2200 Arbeitern nur zwei Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen worden seien. Die Staatsverwaltung werde immer den Standpunkt einnehmen, daß sie gegen Agitationen einschreiten werde, welche geeignet seien, die friedlichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu föhren. Ein Unterschied zwischen Agitation in der Werkstatt und außerhalb derselben besteht materiell nicht, denn jede Agitation habe den Zweck, die Ordnung zu föhren, und eine solche Störung darf eine Staatsverwaltung am allerwenigsten zulassen.

Abg. Schrader (bf.): Der Minister hat vorgestern erklärt, daß Arbeiter nicht allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei entlassen werden dürften. Wie stimmt das zu der hier in Frage kommenden Werkstättenverfügung, die eine solche Zugehörigkeit schon als ausreichend ansieht. Es ist auch sehr bedenklich, wenn die Vorgesetzten über den Begriff "Agitation" entscheiden sollen. Es gibt sehr verschiedene denkende Vorgesetzte. Nichts ist schlimmer, als solche allgemeine Anordnungen, die jeder auslegen kann, wie er will. Die Theilnahme an einem Parteitag, wegen deren Arbeiterentlassungen vorgekommen sind, ist doch noch keine Agitation. Die Betriebsunternehmer sind allerdings nicht rechtlich verpflichtet, Sozialdemokraten in ihrem Betrieb zu dulden, wohl aber haben sie die moralische Pflicht. Der Staat aber hat auch die Pflicht, jeden Arbeiter nur auf seine Brauchbarkeit und Tüchtigkeit in der Arbeit zu prüfen. Aber es ist auch eine Forderung der Klugheit. Täuschen Sie sich doch darüber, in jedem Betriebe, auch in Ihrem, Herr v. Stumm, giebt es Sozialdemokraten. Die versteckte geheime Agitation ist doch noch viel gefährlicher. Es hat mich wahrhaft erfreut, daß die Herren von jener Seite wieder ein Sozialistengesetz zu wünschen scheinen. Haben Sie denn noch nicht eingesehen, daß Sie mit solchen gesetzlichen

Maßnahmen die Sozialdemokratie nicht unterdrücken können? Die Mehrheit des Reichstages ist zur Überzeugung gekommen, daß das Sozialistengesetz schädlich war. Wir können die Sozialdemokratie nur dadurch bekämpfen, daß wir eine Politik der Gerechtigkeit treiben, daß wir ihnen volle Gleichberechtigung gewähren, gegen sie aber nicht Vorwürfe schleudern, wie es Abg. v. Stumm gethan hat. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm wirft den Sozialdemokraten systematische Verleumdung der Arbeitgeber vor. Daher sei ihr Ausschluß aus den Werkstätten durchaus gerechtfertigt. Man wolle dadurch nicht auf die Gesinnung wirken, wohl aber sich der Agitation erwehren.

Abg. Singer (S.-D.): In der Gegend von Neunkirchen hat ein Ufa des Königs Stumm (Präsident v. Lebeck) ruft diesen Ausdruck mehr Gewicht als die Gewerbeordnung. Die neue Arbeitsordnung des Herrn v. Stumm widerspricht dem Geiste der Gewerbeordnung. Auch unter den Arbeitern des Abg. v. Stumm sind trotz der gegenteiligen Behauptung Sozialdemokraten. Die von der Eisenbahnverwaltung entlassenen Arbeiter haben keineswegs agitatorisch gewirkt; sie haben nicht einen sozialdemokratischen Parteitag besucht, sondern einen Eisenbahnarbeiterkongress, der sich mit Fachfragen beschäftigte. Glaubt man, daß die Sozialdemokratie der Sicherheit des Staates gefährlich seien, so entlasse man alle sozialdemokratischen Soldaten und Unteroffiziere. Man wird dann sehen, wie weit die Sozialdemokratie eingedrungen ist.

Der Erlaß der Eisenbahnverwaltung ist nach der Gewerbeordnung ungesehlich. Die staatlichen Werkstätten sollten ja Musteranstalten sein. Zu einer Musteranstalt gehört aber die Achtung vor dem Gesetz. Redner bringt sodann den von ihm in der vorherigen Sitzung erörterten Fall der Entlassung eines Arbeiters nach zehnjähriger Beschäftigung zur Sprache und verliest gegenüber der Behauptung des Vertreters der verbündeten Regierungen, daß der Mann wegen Unredlichkeit entlassen sei, die denselben von der Eisenbahnverwaltung und dem Magistrat ausgestellten Zeugnisse. Diese bezeichnen den Arbeiter als einen fleißigen und zuverlässigen Mann, gegen dessen Leumund nichts Nachtheiliges bekannt sei. Ich finde keine Parallele in einem anderen Fall (Ausdruck) dafür, um das Verhalten des Vertreters der verbündeten Regierungen zu kennzeichnen, der von der Tribüne des Reichstags einem solchen Mann Unredlichkeit vorwarf und ihm die Ehre raubt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Pfui! Präsident v. Lebeck: Ich bitte, solche unparlamentarische Zwischenfälle zu unterlassen.) Die zweitägige Debatte hat uns vorzügliche Dienste geleistet, und ich bin den Herren Möller und v. Stumm dankbar für ihre unfreiwilige Agitation. Ich werde, wenn sie so fleißig fortfahren, bei geeigneter Gelegenheit vielleicht in Anregung bringen, diese Herren zu Ehrenmitgliedern der sozialdemokratischen Partei zu ernennen. (Heiterkeit. Lachen rechts.)

Geh. Rath Wackerzapp hält die Behauptung aufrecht, daß die entlassenen Arbeiter nicht an einem Eisenbahnarbeiterkongress sich beteiligt hätten, sondern an einem sozialdemokratischen Parteitag zu Offenbach. Ebenso bleibt der Regierungskommissar dabei, daß der eine Arbeiter wegen Unredlichkeit entlassen sei. Der Arbeiter, dessen Zeugnis der Abg. Singer verlesen habe, sei ein ganz anderer. (Große Heiterkeit; Zuruf des Abg. Singer: Seien Sie doch von dem, den ich meine, ich werde Ihnen privat den Namen nennen!)

Abg. v. Kardorff (Rp.) spricht die Zustimmung seiner Partei zu den Ausführungen des Abg. v. Stumm aus. Wir wollen kein neues Ausnahmegesetz, aber wenn wir den Staat nicht rettungslos der Sozialdemokratie ausliefern wollen, so müssen wir alles Zulässige gegen sie anwenden. Wir können die Sozialdemokraten nicht behandeln wie die anderen Staatsbürger. (Zurufe links.) Das Verhalten der Eisenbahnverwaltung gegen die Sozialdemokratie ist in keiner Weise zu schroff. Wenn die Sozialdemokratie so weiter fortfährt, wie sie in der letzten Zeit aufgetreten ist, so müssen wir zu einer Änderung der Gesetze über Vereins-, Presse- und Versammlungswesen kommen. Ich kann mich hier auf die Zustimmung des Abg. Hönel berufen. (Unruhe links.)

Abg. Möller: Die Rede des Abg. Singer hat gezeigt, daß ich mit meinen Ausführungen das richtige getroffen habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel ist ja infolge dessen bei dem Fall Baare vorbeigebracht. Ich habe den Sozialdemokraten nicht Landesvertrag vorgeworfen, sondern nur gesagt, daß es im Kriegsfall nicht angebracht wäre, wenn sozialdemokratische Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung beschäftigt sind (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist ja dasselbe!). Nun auch dann hätte ich Recht. Denn vor einigen Wochen hat doch Abg. Heine gesagt: Wir folgen nicht der schwarzo-roten Fahne, sondern der roten Fahne.

Abg. Dr. Barth (bf.): Zweifellos hat Abg. Frhr. v. Stumm nicht ohne politischen Hintergedanken die Diskussion entfesselt. Nehmen Sie noch die Rede v. Kardorffs hinzu, so können wir uns ein Bild davon machen, welche Gedanken die Herren haben. Die Reden zeigen uns, von welchem Punkte man den Angriff auf die allgemeine bürgerliche Freiheit zu machen beabsichtigt. Das geht ja über alles hinaus, was unter dem Sozialistengesetz geschehen ist. Das aber dieses Gesetz, dessen Aufhebung ein Glück ist, die Sozialdemokratie gestört hat, ist zweifellos. Auch dieser Erlaß ist nur geeignet, die Sozialdemokratie zu fördern. Es ist ein Alt politischer Unklugheit, der bei den nächsten Wahlen den Sozialdemokraten viele tausende neuer Stimmen zuführen wird. Ganz entschieden aber lege ich Verwahrung dagegen ein, daß Abg. v. Kardorff meinen Parteigenossen Hönel für sich sitierte. Niemand ist schärfer für die Aufhebung des Sozialistengesetzes eingetreten, als Hönel, niemand ist ein energischerer Vertheidiger der bürgerlichen Freiheiten, als er. Wenn Sie gegen unsere Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit vorgehen wollen, dann werden wir dagegen noch stärker feiern, als früher gegen das Sozialistengesetz. Wenn Sie diesen Kampf heraufbeschwören, dann wird es einen Kampf geben, der bis nahe an den Bürgerkrieg geht, und den werden Sie nicht überleben. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Bemmelen (nl.) erklärt, dem Abg. Bebel gegenüber, daß er niemals zur Boraussetzung für die Diätengewährung die Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts gefordert habe. Er habe nur darauf hingewiesen, daß historisch Diätentolofigkeit und allgemeines Wahlrecht in einem gewissen Zusammenhang stehet, und daß, wenn von der einen Seite eine Änderung in der Diätentolofigkeit herbeigeführt werde, von der anderen Seite auch eine solche in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht angestrebt werden würde.

Abg. Hirsch wirft in persönlicher Bemerkung eine Neuherstellung des Freibemann v. Stumm zurück, nach welcher er bei der Gewerbeordnungsnovelle fast täglich mit den Sozialdemokratien gegen seine politischen Freunde gestimmt haben sollte, und erklärt diese Behauptung für unwahr.

Abg. Frhr. v. Stumm erklärt, daß ihn der Abg. Hirsch nicht beleidigen könne.

Abg. Dr. Hirsch: Mich kann Herr v. Stumm auch nicht beleidigen, aber nicht aus einem äußeren, sondern aus einem inneren Grunde. Die Mitglieder der Kommission können bezeugen, daß ich keineswegs fast täglich oder sehr häufig mit den Sozialdemokratien gegen meine Freunde gestimmt habe; andererseits aber habe Herr v. Stumm selbst sehr oft mit den Sozialdemokratien gestimmt.

Abg. Frhr. v. Stumm erwidert, daß er niemals mit den Sozialdemokratien gegen seine Parteifreunde gestimmt habe. Darauf wird der Titel angenommen.

Die weitere Verathung wird auf Sonnabend 1 Uhr ver-  
tagt (außerdem Bettionen).  
Schluß 5<sup>1</sup>/4 Uhr.

## Deutschland.

**Berlin.** 12. Febr. Im Reichstage ist es heute heiz hergegangen. Unvermuthet befand sich das Haus einer Sozialistendebatte gegenüber, die an Heftigkeit seit langem nicht ihres Gleichen gehabt hat. Da nichts aus nichts entsteht, so ist es nicht nur gestattet, sondern geboten, nachzuforschen, wie diese ungewöhnliche Erregung entstehen konnte. Der Abg. Freiherr von Stumm hat von den Abgeordneten Bebel und Haussmann hören müssen, daß sie nicht daran glauben, als ob er ohne Anregung von höheren Stellen seine Herausforderung habe ergehen lassen. Man kann in der That auf eigenthümliche Gedanken kommen, wenn man zusieht, wie diese Verhandlung entstanden ist. Die Anknüpfung an die neuzeitliche Bemerkung des Eisenbahministers in Bezug auf die sozialdemokratischen Arbeiter in den Werkstätten, hat den äußerlichen Anlaß für die Stumm'sche Rede hergeben müssen, aber etwas Gezwungenes liegt einstellig in diesem Mißverständnis zwischen der relativen Geringfügigkeit der ersten Ursache und der Behemenz, mit der der freikonservative Redner losging. Man erinnert sich unwillkürlich der mancherlei Gerüchte aus jüngster Zeit, in denen von wachsenden Besorgnissen an leitenden Stellen die Rede war. Es ist gesagt worden, daß die Hartnäckigkeit der Sozialdemokratie, die durchaus nicht friedlich und verhöhlich werden will, die vor Allem sich nicht selber aus der Welt schaffen will, an hervorragendem Orte außerordentlich verstimme. Die Neuferungen, die auf dem letzten Kanzlerdiner gefallen sind, legen es ferner nahe, daß der Gedanke ausgegeben ist, die Sozialdemokratie innerlich zu gewinnen. Wie bereits die Reden des Reichskanzlers wiederholt festgestellt haben, ist die Rücksicht auf die Sozialdemokratie und die Einsicht in die Nothwendigkeit eines Kampfes bis aufs Messer dieser Partei das bestimmende Moment für die gesammte innere Politik des jetzigen Systems. Die Regierung glaubt, von der Sozialdemokratie her die stärksten Schwierigkeiten zu finden. Der Gedanke, die Partei durch das Fallenlassen des Sozialistengesetzes, also durch den Verzicht auf den zusammenhaltenden Druck eines Ausnahmegesetzes der innerlichen Auflösung zuzutreiben, hat sich nicht als tragfähig erwiesen. Die Probe auf diese etwaigen Hoffnungen hat inzwischen gemacht werden können, indem in der That eine Sezession innerhalb der Sozialdemokratie eingetreten ist, und die Partei der Unabhängigen sich konstituiert hat. Aber die Regierung ist sich selbstverständlich klar darüber, daß diese That gleich Null ist, und sie mag sich sagen, daß eine Partei, die derart allen Stößen von außen und innen widersteht, mit Sanftmut und Geduld am allerwenigsten zu bewältigen ist. Besonders auffallend erscheint unter diesem Gesichtspunkte der polizeiliche Feldzug, der neuerdings gegen eine Reihe von sozialistischen Bewegungen unternommen worden ist. Der Preßapparat der politischen Polizei spielt wieder einmal stärker, und es wird allerlei von Komplotten geredet, deren Aufdeckung und Bereitstellung gelungen sein soll. Man wird gut thun, das im Auge zu behalten, wenn man die Verhandlungen des Reichstags gebührend würdigen will. Eine bloße Laune jedenfalls ist es nicht gewesen, die den Abg. Freiherrn v. Stumm dazu trieb, der Sozialdemokratie im Namen von Staat und Gesellschaft den erbittertesten Krieg zu erklären. Wenn man darüber noch in Zweifel gewesen sein möchte, so mußte aller Zweifel schwinden bei den bemerkenswerthen Erläuterungen, die der Standpunkt des Freiherrn v. Stumm seitens der Herren v. Hellendorff und Kardorff sand. Beide Redner betonten unter starker Bewegung des Hauses, daß auf die Dauer nicht ohne ein neues Sozialistengesetz auszukommen sein werde. Wir haben die bestimmte Überzeugung, daß diese Ansichten nicht bloß diejenigen der Herren sind, die sie heute vertreten haben. Es liegt im Geheimen etwas vor, und es erscheint uns als Pflicht, bei Zeiten darauf aufmerksam zu machen. Nicht zum ersten Male taucht die Befürchtung auf, daß der Kampf, wie er mit der Schulvorlage begonnen worden ist, weit über die dort gesteckten Ziele hinausgehen, und auch die Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit erschüttern werde. Herr von Kardorff hat sich also gewissermaßen ein Verdienst erworben, als er das Programm dieser bedrohlichen Zukunftsaktion heute mit Deutlichkeit aussprach. Die Wirkung dieser Verhandlung wird zweifellos unendlich tief gehen. Zu den schweren Sorgen, die uns allen schon die Schulvorlage bereitet, treten so noch schwierere hinzu. Wunderbar aber ist und bleibt die Rolle der Freikonservativen. Da es gerade Redner dieser Partei waren, die heute so scharf ins Feuer gingen, so muß man schon ein wenig bei ihnen verweilen. Im Abgeordnetenhaus kämpfen die Freikonservativen neben den Liberalen gegen eine konfessionell zugesetzte Schulvorlage, im Reichstage erklären sie sich bereit, die Waffen schmieden zu helfen, für die Graf Zedlitz im Bunde mit Zentrum und Konservativen am anderen Ende der Leipziger Straße das Feuer anzündet. Ein Widerspruch, zwar nicht geheimnisvoll, aber dafür um so thörichter! Auf die wiederholten Reden des Abgeordneten Bebel braucht wohl nicht weiter eingegangen zu werden. Wenn irgendwo und irgendwann das Wort gegolten hat, daß das Wie richtiger ist als das Was, so gilt das heute.

## Lokales.

Posen, den 13. Februar.

**Ein äußerst heftiger Schneesturm** erhob sich gestern Abend um 9 Uhr. Das Barometer, das in der Nacht zum Freitag um 5 mm fiel, ging im Laufe des gestrigen Tages weiter zurück und fast den ganzen Tag rieselte ein sehr feiner durchdringender

Regen nieder. Abends 9 Uhr setzte dann ein starker Nordweststurm mit Regen ein, der bald in Schnee überging und die ganze Nacht anhielt.

**Tener.** Gestern Abend 5 Uhr waren Bronkerstraße Nr. 91 in einem Kurwarengeschäft durch Unvorsichtigkeit beim Wegwerfen eines noch brennenden Streichholzrestes ein Depositorium und mehrere in demselben aufgestapelte Kartons mit Knöpfen, Haken, Dosen &c. in Brand gerathen. Von dortigen Personen wurde der Brand zum größten Theil mit einigen Eimern Wasser gedämpft, die inzwischen alarmierte Feuerwehr löschte darauf die noch glimmenden Reste vollständig ab.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin.** 12. Febr. In der am 11. d. Mts. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurden an neu eingegangenen Vorlagen den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Der Entwurf einer Neubearbeitung des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands, die Übersicht der nach der Verfassung und den Gesetzen des Reichs feststellenden Bevölkerungszahlen nach der Zählung vom 1. Dezember 1890 und der Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Drahtseilereien mit Wasserbetrieb. Von dem Geschäftsbetrieb des Reichs - Versicherungsamts für das Jahr 1891 nahm die Versammlung Kenntniß. Den Anträgen der zuständigen Ausschüsse gemäß wurde eine Reihe von Eingaben, welche sich auf den Abschluß der Handels- pp. Verträge und die Ausführungsbestimmungen zu denselben auf den Tolltarif und die Zollbehandlung gewisser Waaren beziehen, ferner einige Abänderungen des Etats der preußischen Zollverwaltungskosten erledigt. Dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurde nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse die Zustimmung ertheilt.

**Memel.** 12. Febr. Heute Vormittag hatten sich vor dem hiesigen Rathause etwa 500 Arbeiter angesammelt, die Beschäftigung verlangten. Dieselben zerstreuten sich ruhig, nachdem ihnen thünlichste Unterstützung zugesichert worden war.

**Karlsruhe.** 12. Febr. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreise Eberbach-Buchen wurde der klerikale Bürgermeister Kieser mit 62 gegen 61 Stimmen neuerdings gewählt. Es ist dies dasselbe Stimmverhältniß, mit welchem Kieser bei der ersten, für ungültig erklärt Wahl gewählt worden war.

**Wien.** 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Nebeneinkommen der Regierung mit der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft in zweiter Lesung angenommen. Ferner genehmigte das Haus den Gesetzentwurf, betreffend die staatliche Subventionirung der Gesellschaft, und zwar in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung mit einigen von der Regierung akzeptirten Abänderungen.

**Wien.** 12. Febr. Der "Preß" zufolge hat der Central-Inspektor der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft Etienne dem Abgeordneten Lueger wegen der am Dienstag, den 9. d. Mts., im Abgeordnetenhaus vorgebrachten ehrenrührigen Angriffe eine Herausforderung zum Duell zugehen lassen.

**Pest.** 12. Febr. Der Staatskassenausweis des Jahres 1891 stellt sich um 8516210 Fl. ungünstiger, als der des Jahres 1890. Dagegen ist das Ergebnis des 4. Quartals 1891 am 2597445 Fl. günstiger, als die gleiche Periode des Jahres 1891.

**Bern.** 12. Febr. Der amtliche Bericht über die Bundesverhandlungen bezeichnet als Ursache des Abbruchs der Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, daß die von Italien gemachten Zugeständnisse für diejenigen Arten von Baumwoll-Geweben und -Stickereien, welche hauptsächlich aus der Schweiz nach Italien importirt würden, ungenügend seien, da sie nicht einmal 3 Proz. der gegenwärtigen Zollsätze ausmachten und daß Italien für die Einfuhr in die Schweiz bedeutendere Vortheile verlange als es bisher genossen, besonders für Wein und frische, sowie gestampfte Trauben, ingleichen für Schweine u. s. w., während Italien selbst eine kompensationsweise Herabsetzung des Käsezolles ablehne. Angefachts dieser Thatsachen scheine der Abschluß eines Vertrags um so weniger möglich, als die italienischen Delegirten die Beisigung erhalten hätten, für den Fall, daß die Anträge ihrer Regierung, so wie sie gestellt seien, abgelehnt würden, Zürich zu verlassen. Aus diesen Gründen habe der Bundesrat beschlossen, von morgen ab den Generaltarif anzuwenden.

**Rom.** 12. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte die deutsch-italienische Konvention zum Schutz des industriellen Eigentums nach kurzer Berathung.

**Rom.** 12. Febr. Die "Agenzia Stefani" meldet: In der gestrigen Sitzung der Delegirten zum italienisch-schweizerischen Handelsvertrag in Zürich machten die italienischen Delegirten den schweizerischen weitestgehende Zugeständnisse. Sie eröffneten ihnen, im Falle des Abschlusses des Vertrages würde von morgen ab bis zur Ratifizierung desselben die Meistbegünstigung gegenüber der Schweiz zur Anwendung kommen; andernfalls würde der Generaltarif in Wirklichkeit treten. Die italienischen Delegirten werden nach Italien zurückkehren.

**Rom.** 12. Febr. Der Finanzminister ließ den Zollbehörden heute die Verfügung zugehen, auf die aus der Schweiz eingeführten Waaren von morgen ab den allgemeinen Zolltarif anzuwenden.

Die "Agenzia Stefani" meldet, daß der schweizerische Gesandte in Rom auf Anweisung des Bundesrates die italienische Regierung erucht habe, die Unterhandlungen ungeachtet der beiderseitigen Anwendung der Generaltarife fortzusetzen. Der Ministerpräsident Rudini habe erklärt, er sei im Prinzip damit einverstanden und man werde sich des Weiteren darüber verständigen.

**Paris.** 12. Febr. Nach einer Meldung aus Lissabon explodirte daselbst in vergangener Nacht eine an der Thür des Hauses des spanischen Konsuls hingelegte Dynamit-Bombe und zertrümmerte die Fensterscheiben der umliegenden Häuser. Personen wurden nicht verletzt.

**Manchester.** 12. Febr. Die heute hier stattgehabte

Konferenz des nationalen Bergarbeiterverbandes saßte einen Beschuß zu Gunsten einer allgemeinen Einstellung des Grubenbetriebes zu Mitte März, um eine weitere, durch die Überproduktion veranlaßte Herabsetzung der Löhne zu verhindern. In der ersten Woche nach erfolgter Arbeitseinstellung findet eine weitere Konferenz zu dem Zwecke statt, eine Verlängerung des Betriebsstillstandes zu erwägen.

**Belgrad.** 12. Febr. Der Präsident der Skupschina Katic hat gestern seine Entlassung eingereicht. Er und alle radikalen Dissidenten sind aus dem radikalen Klub ausgetreten. Einerseits wird versichert, es sei unsicher, ob die Skupschina die Demission annehme, andererseits verlautet, die Regierung beabsichtige, in der nächsten Sitzung des radikalen Klubs ein Tadelsvotum gegen Katic zu provozieren. — Die Skupschina hat die Berathung des Budgets begonnen.

## Handel und Verkehr.

**Posener Provinzial-Alttienbank.** Der Aufsichtsrath der Bank hat in der gestern stattgehabten Sitzung beschlossen, der auf den 5. März d. J. einzuberuhenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. für das Geschäftsjahr 1891 (gegen 6% Proz. im Vorjahr) vorzuschlagen.

**Newyork.** 11. Febr. Die Börse zeigte heute eine ganz außergewöhnlich große Lebhaftigkeit; die Umläufe waren umfangreicher und zahlreicher wie seit langer Zeit. Man schreibt dies der gestern gemeldeten Bildung der Vereinigung zur Kontrolirung des gesamten Anthracit-Kohlenhandels zu. Der Silverbörse wird auf 370000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 11000 Unzen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	W i n d.	W e t t e r.	T e m p. G r a d.
12. Nachm. 2	750,9	W stürmis.	bedekt	+ 5,3
12. Abends 9	745,1	W Sturm	bedekt	+ 4,8
13. Morgs. 7	745,1	NW stürmis.	bedekt	+ 0,4
14. Den Tag über Regen.	745,1	Nachts	Schnee und Sturm aus NW.	
Am 12. Febr.	Wärme-Maximum +			5,6° Cels.
Am 12.	Wärme-Minimum +			2,3° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Febr. Morgens 3,90 Meter.  
= 12. = Mittags 3,90 =  
= 13. = Morgens 3,82 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Kond.-Kurse.

**Breslau.** 12. Febr. (Schlußkurse.) Nachgebend.  
Neue Proz. Reichsanleihe 84,00, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. L.-Pfandbr. 96,95, Koniol. Türk. 18,20, Türk. Loose 74,00, 4proz. ung. Goldrente 92,50, Bresl. Distontobank 93,00, Breslauer Wechslerbank 95,50, Kreditaktien 167,90, Schle. Bankverein 109,25, Donnersmarckhütte 79,00, Glöckner Maschinenbau —, Katowitzer Altien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 123,50, Oberle. Eisenbahn 54,50, Oberschle. Portland-Cement 97,80, Schles. Damps. C. —, Kramfia 116,75, Schles. Binsfakt. 191,00, Laurahütte 104,25, Verein. Oelfab. 88,75, Teiterreich. Bankunter 172,70 Russ. Banknoten 220,50, Giebel. Cement 104,00.

**Frauenf. a. M.** 12. Febr. (Schlußkurse.) Matt.  
Lond. Wechsel 20,41, 4proz. Reichsanleihe 106,90, österr. Silberrente 80,90, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. Papierrente 81,20, do. 4proz. Goldrente 95,50, 1860er Russen 124,80, 4proz. ungar. Goldrente 92,60, Italiener 90,40, 1880er Russen 92,70, 3. Oriental. 63,40, unifz. Egypter 95,70, tom. Türk. 18,10, 4proz. türk. Ant. 82,60, 3proz. port. Ant. 28,20, 5proz. serb. Rente 80,40, 5proz. amort. Rumäniens 98,10, 6proz. tonio. Mexit. —, Böhm. Westb. 29<sup>2</sup>%, Böhm. Nordbahn 159, Franzosen 252<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Galtzler 181<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Gotthardbahn 136,00, Lombarden 79<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lübeck-Büchen 148,00, Nordwehrbahn 180<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Kreditaktien 260, Darmstädter 122,70, Mittelb. Kredit 97,60, Reichsb. 145,20, Disl. Kommandit 179,00, Dresden. Bank 133,10, Pariser Wechsel 81,03, Wiener Wechsel 172,35, serbische Tabakrente 82,60, Bochum. Gußstahl 110,00, Dortmund. Union 56,10, Harpener Bergwerk 136,90, Hibernia 122,40, 4proz. Spanier 63,20, Mainzer 112,70, Privatdiskont 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 261, Disl. Kommandit 179,20, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden Darmstädter —.

**Buenos-Aires.** 11. Febr. Goldagio 270,00.

**Rio de Janeiro.** 11. Febr. Wechsel auf London 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

### Produktionskurse.

**Köln.** 12. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 23,00, do. fremder loko 23,50, p. März 21,15, p. Mai 21,15. Roggen hiesiger loko 23,00, fremder loko 24,75, p. März 22,15, p. Mai 22,15. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder —. Rüböl loko 62,00, p. Mai 56,80, p. Oktober 55,80. — Wetter: Trübe.

**Bremen.** 12. Febr. (Kurs des Effekten- u. Makler-Bereins, 5proz. Nordd. Wollkämmerer- und Kammgarn-Spinnerei-Altien 135 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Altien 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gd.

**Bremen.** 12. Febr. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinates-Petroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumbörse.) Fabrikstoff. Still. Loko 6,55 Br.

Baumwolle. Willig. Upland middl., loko 37 Pf., Upland Barts middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Febr. 36<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., März 36<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., April 37 Pf., Mai 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Juni 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., Juli 38 Pf.

Schmalz. Stetig. Wilcox — Pf., Armour 35 Pf., Rohe — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 186 Ballen Austral. — Ballen Natal. 16 Ballen Buenos Ayres. 11 Ballen Austral. 10 Ballen Kämm

